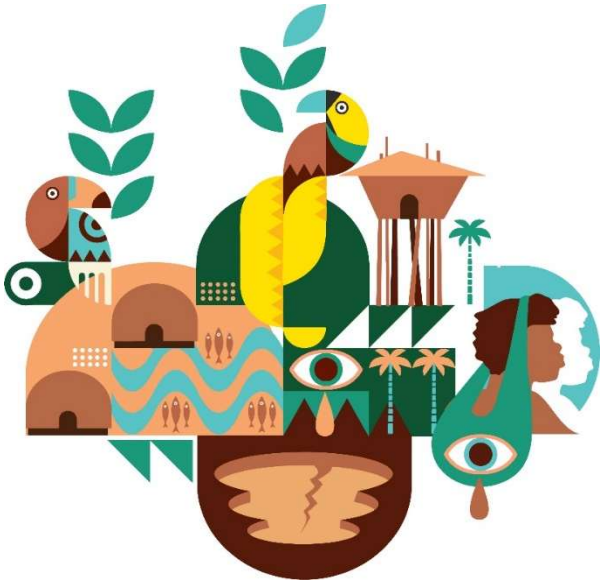
Stimmen aus Papua



Makimis Gold: Wer profitiert – und was bleibt den indigenen Gemeinschaften?

Agus Sumule, Universitas Papua

Am 22. Oktober 2026 stellte die indonesische Regierung durch ihre Taskforce zur Durchsetzung der Vorschriften für Waldgebiete (Satgas PKH) den Goldminenbetrieb von PT Kristalin Ekalestari im Distrikt Makimi, Regierungsbezirk Nabire, Provinz Zentral-Papua, ein. Die Bergbaulizenz des Unternehmens, die eine Fläche von etwa 3.500 Hektar umfasste, war widerrufen worden. Die Regierung erklärte, das Unternehmen habe mehrere Verstöße gegen die Bergbau- und Forstwirtschaftsvorschriften begangen.

Die Regierung plant nun, die Verwaltung des Bergbaugebiets dem staatlichen Bergbauunternehmen PT Aneka Tambang (Antam) zu übertragen.

Diese Entwicklung wirft eine wichtige Frage auf: Wer wird tatsächlich von Makimis Gold profitieren? Grundsätzlicher gefragt: Was erhalten die indigenen Gemeinschaften, auf deren angestammtem Land sich diese wertvollen mineralischen Ressourcen befinden, im Gegenzug?

Nach Angaben, die das Unternehmen veröffentlicht hat, werden die Goldvorkommen innerhalb seines Bergbaugebiets auf 32,7 Tonnen geschätzt. Davon sollen etwa 13,7 Tonnen abbauwürdig sein. Darüber hinaus gibt es Schätzungen, wonach die potenzielle Produktion bei voller Kapazität 300 bis 500 Kilogramm Gold pro Monat erreichen könnte. Diese Zahlen beruhen jedoch weiterhin auf Angaben und Prognosen des Unternehmens, die einer unabhängigen Überprüfung bedürfen.

Um den potenziellen wirtschaftlichen Wert zu veranschaulichen, könnte eine monatliche Produktion von 300 bis 500 Kilogramm bei einem Goldpreis von 2,2 Millionen Rupiah pro Gramm jährliche Bruttoeinnahmen von etwa 7,9 bis 13,2 Billionen Rupiah generieren. Auch diese Zahlen stellen weder Nettogewinne dar noch belegen sie die tatsächliche Produktion des Unternehmens. Sie veranschaulichen lediglich den enormen wirtschaftlichen Wert, um den es hier geht.

Angesichts des Umfangs dieses potenziellen Reichtums ist es nur angemessen zu fragen: Wie viel davon ist tatsächlich bei den lokalen indigenen Gemeinschaften angekommen? Wie viel ist an die lokalen Regierungen geflossen? Und wie viel wurde tatsächlich in die Verbesserung von Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und das Wohlergehen der Menschen investiert, die im Umfeld der Mine leben?

Die Regierung hat selbstverständlich das Recht, gegen Unternehmen vorzugehen, die gegen das Gesetz verstoßen. Wenn festgestellt wird, dass ein Unternehmen Bergbau betrieben hat, ohne über die erforderliche Genehmigung zur Nutzung von Waldgebieten zu verfügen, die genehmigten Abbaugrenzen überschritten oder seine Verpflichtungen zur ökologischen Wiederherstellung vernachlässigt hat, muss es zur Verantwortung gezogen werden. Die Durchsetzung des Rechts darf niemals infrage gestellt werden.

Die Rechtsdurchsetzung muss jedoch auch transparent, fair und überprüfbar sein. Der Widerruf einer Bergbaulizenz darf nicht automatisch mit einer Übernahme der Unternehmensanteile gleichgesetzt werden. Rechtssicherheit muss gewährleistet sein, auch wenn die Regierung beabsichtigt, den Bergbaubetrieb an ein staatliches Unternehmen zu übertragen.

Es gibt jedoch eine weitaus grundlegendere Frage als den Streit zwischen der Regierung und einem privaten Bergbauunternehmen. Das Land, unter dem dieses Gold liegt, ist kein Land ohne Geschichte, ohne Trägerinnen und Träger von Gewohnheitsrechten oder ohne Menschen.

Lange bevor irgendein Unternehmen eine Bergbaulizenz erhielt und lange bevor die Regierung ihre verschiedenen Verwaltungsentscheidungen traf, pflegten indigene Gemeinschaften ihre angestammten Beziehungen zu ihrem Land, ihren Wäldern, Flüssen und den Gebieten, die ihre Lebensgrundlage bilden.

Für indigene Völker ist Land nicht einfach eine Ansammlung von Hektarflächen, die in eine Bergbaukonzession aufgenommen werden können. Land ist die Grundlage des Lebens, der Identität und der Geschichte sowie ein Erbe, das den kommenden Generationen anvertraut ist.

Aus diesem Grund löst die Ablösung von PT Kristalin Ekalestari durch Antam als Betreiber der Mine für sich genommen noch nicht die Frage der Gerechtigkeit. Es gibt keine Garantie dafür, dass die Übertragung der Kontrolle über die Goldvorkommen von einer Hand in die andere den lokalen indigenen Gemeinschaften größere Vorteile bringt, solange diese nicht ernsthaft konsultiert und substanziell in die anstehenden Entscheidungen einbezogen werden.

Die staatliche Kontrolle über mineralische Ressourcen, wie sie in Artikel 33 der indonesischen Verfassung von 1945 vorgesehen ist, muss als Auftrag verstanden werden, den größtmöglichen Wohlstand für die Bevölkerung zu sichern. Sie darf nicht darauf reduziert werden, lediglich die Staatseinnahmen oder die Gewinne staatlicher Unternehmen zu erhöhen.

Darüber hinaus verfügt Papua über einen Rahmen der Sonderautonomie, der den Schutz der Rechte indigener Völker ausdrücklich vorsieht. Dieser Auftrag muss in der Praxis Bedeutung haben und darf nicht nur ein Versprechen bleiben, das auf dem Papier steht.

Sollte Antam schließlich die Goldmine in Makimi übernehmen, muss die Regierung zunächst einen ernsthaften Dialog mit den indigenen Gemeinschaften führen, die über Gewohnheitsrechte an dem Land verfügen.

Die rechtmäßigen Rechteinhaber müssen ordnungsgemäß identifiziert werden, anstatt einseitig von Regierungsvertretern oder Bergbauunternehmen bestimmt zu werden.

Indigene Gemeinschaften haben das Recht zu erfahren, wie viel Gold voraussichtlich abgebaut wird, wie lange der Bergbaubetrieb andauern soll, mit welchen Umweltauswirkungen sie rechnen müssen, wie die wirtschaftlichen Vorteile verteilt werden und was mit ihrem Land geschieht, wenn der Bergbau beendet ist.

Sie müssen außerdem in die Umweltüberwachung einbezogen werden, Zugang zu angemessenen Beschäftigungs- und Geschäftsmöglichkeiten erhalten und von klaren, transparenten und rechenschaftspflichtigen Vereinbarungen zur Verteilung der Bergbaueinnahmen profitieren. Tatsächlich verdient auch die Möglichkeit, dass indigene Gemeinschaften über rechtlich anerkannte Vertretungsinstitutionen Unternehmensanteile halten, eine ernsthafte Prüfung.

Wir dürfen nicht das bekannte Entwicklungsmuster in ganz Papua wiederholen: Riesige Mengen natürlicher Ressourcen werden abgebaut, während die indigenen Völker, deren Land diesen Reichtum hervorbringt, weiterhin in Armut leben und nur eingeschränkten Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen haben.

Ebenso wenig sollten wir davon ausgehen, dass die Interessen indigener Gemeinschaften automatisch vertreten werden, nur weil eine Mine von einem staatlichen Unternehmen betrieben wird. Ein staatliches Unternehmen gehört dem Staat. Der Staat und die indigenen Gemeinschaften können jedoch nicht einfach als zwei Akteure betrachtet werden, deren wirtschaftliche Interessen immer identisch sind.

Indigene Völker haben eigene Rechte, Bedürfnisse, Geschichten und Zukunftsvorstellungen. Diese müssen als solche gehört und respektiert werden.

Darin liegt die eigentliche Herausforderung für die Regierung im Umgang mit der Goldmine von Makimi.

Wird die Regierung lediglich einen Bergbaubetreiber durch einen anderen ersetzen? Oder wird sie diese Gelegenheit nutzen, um die Beziehungen zwischen dem Staat, den Bergbauunternehmen und den indigenen Gemeinschaften grundlegend zu verbessern?

Der Erfolg der Übertragung des Bergbaubetriebs darf nicht allein an einer höheren Goldproduktion, an Steuereinnahmen, Lizenzgebühren oder den Gewinnen eines staatlichen Unternehmens gemessen werden. Er muss auch daran gemessen werden, ob sich das Leben der indigenen Gemeinschaften, die im Umfeld des Bergbaugebiets leben, spürbar verbessert.

Werden ihre Kinder eine bessere Bildung erhalten? Werden ihre Familien Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung haben? Werden ihre Ländereien und Flüsse geschützt bleiben? Werden sie einen gerechten Anteil an den wirtschaftlichen Vorteilen erhalten? Werden sie eine echte Stimme bei der Gestaltung der Zukunft ihrer eigenen Gebiete haben?

Wir dürfen nicht zulassen, dass Makimis Gold aus privaten Händen in staatliche Hände übergeht, während die indigenen Gemeinschaften auf dem Land, das sie von ihren Vorfahren geerbt haben, weiterhin nur Zuschauer bleiben.

Die Regierung hat die Möglichkeit zu zeigen, dass die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen in Papua einem anderen Weg folgen kann: einem Weg, der die Rechte indigener Völker respektiert, die Umwelt schützt, tatsächliche wirtschaftliche Vorteile schafft und das Recht fair durchsetzt.

Doch alles muss mit einem Schritt beginnen, der zugleich einfach und grundlegend ist: sich mit den indigenen Gemeinschaften zusammenzusetzen, ihnen zuzuhören, ihre Rechte zu respektieren und sie in die Entscheidungen darüber einzubeziehen, wie Makimis Gold verwaltet und wie die daraus entstehenden Vorteile verteilt werden sollen.

Denn letztlich lautet die wichtigste Frage nicht, wer den Kampf um Makimis Gold gewinnt. Die wichtigste Frage ist vielmehr: Was wird für die indigenen Völker von Makimi und ihre Kinder und Enkelkinder übrig bleiben, wenn die letzte Unze Gold abgebaut ist?

Manokwari, 23. Oktober 2026

Das Westpapua-Netzwerk dankt dem Autor herzlich für die Genehmigung, diese Stimme aus Papua zu veröffentlichen.

Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Telefon +49 202 89004-170

wpn@westpapuanetz.de

www.westpapuanetz.de

November 2026